



*Warum das Ende der
Ideologie keine gute
Nachricht ist. Politik ist
eben kein Geschäft und
die Heuchelei dem
Zynismus immer vor-
zuziehen. Ein Zwischen-
ruf von* **JOHAN F. HARTLE**

Chicolinis Rache

Im zeitgenössischen politischen Jargon haben Unternehmen, wenn sie ihre Verkaufsstrategien symbolisch aufpolieren wollen, eine „Philosophie“, politische Parteien, die einen bestimmten Zielhorizont definieren, hingegen eine „Ideologie“. Die Aufwertung von Marketing als Philosophie (und die damit verbundene Abwertung der Philosophie) und die Abwertung der politischen Auseinandersetzung im Sinne definierter Ziele und Überzeugungen als Ideologie trägt aus verschiedenen Gründen zur Verrohung des Denkens bei, indem sie Politik und Geschäft rhetorisch vermengt. Sie leistet dem unheilvollen Typus des Machers und Geschäftsmanns in der Politik Vorschub, der tut, „was notwendig ist“.

Ein Ende ohne Ende

Die These vom Ende der Ideologie war seit den 1960er-Jahren einer der besonders meisterhaften Schachzüge der liberalen Ideologie. Man konnte sich selbst als pragmatische Notwendigkeit präsentieren, während strukturelle Kritik an Formen sozialer Ungleichheit, militärischen Interventionen oder der Marginalisierung von Minderheiten als „Ideologie“ diffamiert werden konnte. Sozialwissenschaftliche Debatten über den Begriff der Ideologie haben gerade das ins Zentrum ihrer Kritik gerückt. Der Philosoph Herbert Schnädelbach konnte vor diesem Hintergrund formulieren: „Die vollkommene Anpassung des Bewusstseins und seine objektive Unfähigkeit, sich Alternativen zum Bestehenden auch nur vorzustellen, ist die Ideologie der Gegenwart.“ So gesehen war das so genannte Ende der Ideologie, insofern damit auch ein Ende der gesellschaftlichen Phantasie einherging, keineswegs unproblematisch und, vor allem, kein Ende der Ideologie.

Im Horizont heutiger Politik entsteht die Möglichkeit vom Ende der Ideologie von Neuem – allerdings in anderer Hinsicht. Mit dem Begriff der Ideologie verbindet sich auch das Vermögen, durch umfassende Narrative eine Überzeugungskraft zu entfalten, die einen partikularen Interessenshorizont zu verallgemeinern in der Lage ist.

Wie legitimiert man einen Krieg?

Wer in nationalem Interesse, zur Rohstoffsicherung oder Entfaltung geopoliti-

„Wer Interventionskriege startet, tut gut daran, eine Ideologie mitzubringen, die allgemeinverbindliche Normen zumindest scheinhaft bedient.“

tischer Schlüsselpositionen Interventionskriege startet, tut gut daran, eine Ideologie mitzubringen, die allgemeinverbindliche Normen zumindest scheinhaft bedient. Das ist eine Frage des politischen Realismus. Diese strategische Notwendigkeit, einen politischen Konsens auf dem Feld der Ideologie zu erzwingen, erzeugt auch einen moralischen Überschuss: Und wenn man sich auch nur zum Schein an moralisches Regelwerk hält, so setzt man damit doch zugleich den Schein verbindlicher Regelsysteme. Im Falle der russischen Aggression in der Ukraine ist die Verlogenheit der Legitimationsdiskurse gut aufgearbeitet und kaum zu bestreiten. Im Westen stehen verbindliche internationale Rechtsprinzipien, die so genannte regelbasierte Außenpolitik, allerdings auch nicht sehr hoch im Kurs, wie deutlich wird, wenn man den Kontext des russischen Angriffskrieges verlässt.

Das ist philosophisch interessant. Wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert hat, ist in der Zwickmühle zwischen Heuchelei und Zynismus die Heuchelei immer noch die bessere Alternative, eben weil sie Standards etabliert, an denen ein Verhalten jeweils auch zu messen ist. Der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy und dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek zufolge ist mit den Kriegsverbrechen in Gaza, die von allen relevanten humanitären und Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, B'Tselem, ECCHR, Human Rights Watch, Médecins Sans Frontières, Physicians for Human Rights Israel etc.), dem jüngsten UN-Bericht sowie israelischen Genozidforschern wie Omer Bartov und Amos Goldberg als Genozid klassifiziert werden, mit ihrer Duldung und Unterstützung im transatlantischen Machtblock und mit der sie begleitenden Rhetorik von Vertreibung und Vernichtung genau dieses Terrain verlassen worden. Roy spricht aus postkolonialer Perspektive davon, dass die moralische Architektur des westlichen Liberalismus zwar „immer heuchlerisch war. Aber selbst das bot eine Art Schutzraum. Dieser Schutz verschwindet vor unseren Augen.“

Politik am Rande des Strafrechts

Vieles davon hängt am Rechtsverständnis, das im politischen Diskurs zunehmend brüchig wird. Der klassische Liberalismus hat die Freiheit des Individuums (und des

Marktes) durch Rechtsverbindlichkeit und individuelle Moral sowohl zu sichern als auch einzuhegen versucht. Die politische Ideologie der Rechten, die bekanntlich auch etymologisch in die Unterscheidung zwischen links und rechts, gauche et droite, eingegangen ist (weil es die Sitzordnung in der französischen Nationalversammlung begründete), war das erhöhte Rechtsbewusstsein zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und der harten Ahndung von Abweichungen – deren Ursachen zweitrangig bleiben.

Interessanterweise befinden wir uns in einer politischen Situation, in der allgemeinverbindliche Normen im rechtskonservativen Kontext zunehmend offen ignoriert oder angegriffen werden können. Offenbar lassen die politischen Kräfteverhältnisse das zu. Über das Strafregister von rechtsnationalistischen Parlamentsfraktionen lässt sich abendfüllend sprechen. Erst vor wenigen Wochen wurde ein ehemaliger Kärntner FPÖ-Funktionär wegen des Besitzes von Darstellungen von Kindesmissbrauch verurteilt, gut ein Jahr nachdem ein ehemaliger Grazer FPÖ-Politiker wegen desselben Sachverhalts vor Gericht stand. Das Thema Kindesmissbrauch ist, kaum nötig zu erwähnen, ein Schlüsselthema, mit dem sich die Rechtsnationalisten als Hüter von Recht und Ordnung zu profilieren versuchen. Gegen mehrere Grazer FPÖ-Funktionäre – darunter auch der oben Genannte – wird zudem wegen verschwundenen Geldern aus der Klubkasse ermittelt. Man darf gespannt auf die parteipolitischen Konsequenzen warten. Vermutlich lange.

Donald Trump ist seinerseits der erste strafrechtlich verurteilte Präsident im Weißen Haus: „schuldig in allen 34 Anklagepunkten“. Die Epstein-Files sind noch nicht einmal aufgearbeitet. International sind Trumps Angriffe auf den internationalen Strafgerichtshof (deren Echo ja auch in Deutschland und Österreich nachhallt) historisch zwar nicht ohne Vorläufer – die USA haben der Internationalen Strafgerichtsbarkeit von jeher Widerstand entgegengesetzt – aber in ihrer Drastik beispiellos.

Im nordalpinen Nachbarland ist mit der Rhetorik von „Staatsräson“ und „Drecksarbeit“ und mit einem Innenminister, der sich mit seiner Asylpolitik über das Bundesverwaltungsgericht hinwegsetzt, ebenfalls neues Terrain betreten worden. Konservative verzichten zunehmend auf



AMERICAN STOCK/ARCHIVE PHOTO/GETTY IMAGES

„Politik und Geschäft werden rhetorisch vermengt. Das leistet dem unheilvollen Typus des Geschäftsmanns in der Politik Vorschub, der tut, was notwendig ist.“

den Schein, ihre strategischen Interessen auf Basis von „Rechtsstaatlichkeit“ allgemein vermittelbar zu machen. Das verdeutlicht die derzeit wirksamen politischen Kräfteverhältnisse. Aber es unterstreicht auch das Rechtsverständnis, für das Law and Order einmal die Ideologie war.

Identitätspolitik und Ideologie

Die zynische Idee einer staatlichen Souveränität, die durch keine demokratischen Kontrollorgane mehr gezügelt wird, weil der Souverän zu jeder Zeit die Ausnahme definieren darf, wurde wesentlich durch den deutschen Juristen Carl Schmitt definiert, Sauerländer wie Friedrich Merz und nach einschlägiger nationalsozialistischer Karriere Berater zahlreicher konservativer Denker der Bonner Republik. Schmitt konnte sich als anti-ideologischer Entlarver scheinbar heuchlerischer moralischer Ordnungen gerieren (ohne dabei allerdings auf wuchernde theologische Meta-Diskurse zu verzichten). So konnte er pointieren: „„Menschheit“ ist ein besonders brauchbares ideologisches Instrument imperialistischer Expansionen.“ Und: „Wer Menschheit sagt, will betrügen.“

Vieles davon ist in der jüngeren „linken“ Theorie gespiegelt worden. Lange hat man daran gearbeitet, „je eigene Sprecherpositionen“ identitätspolitisch aufzuwerten und damit übergreifende Diskurse, Konsense und Ordnungssysteme grundsätzlich zu diskreditieren (Stichwort: Post-Colonial). Vor diesem Hintergrund sind politische Gegner nicht deswegen zu kritisieren, weil sie normative Bezugssysteme verachten (die man ja selbst zunehmend als „imperialistisch“ zertrümmert hat), sondern nur, weil sie entgegengesetzte politische Positionen und Interessen verfolgen. Meist wurde das eigene politische Kapital dabei drastisch überschätzt, was zu vermeidbaren politischen Niederlagen führen musste.

Im Lichte dieser Entwicklungen haben es übergeordnete Institutionen und verbindliche Rechtsnormen heute schwer. Man möchte politische Gegner nicht mehr auf dem symbolisch vermittelten Feld der Ideologie bekämpfen, sondern hofft darauf, sie machtpolitisch bezwingen zu können. Donald Trump ist das Leitbild eines solchen Paradigmas der politischen Entzivilisierung und des gesteigerten Zynismus. Er findet viele Nachahmer.

Die Rationalität des Irrationalen

Zur Kennzeichnung von Mediendiskursen, die mit einer zunehmend zynischen Situation zu tun haben, es aber kaum fassen können, hat sich der Begriff des Sanesplaining etabliert. Ganz offensichtlich ist der mediale Diskurs immer wieder überfordert von der Drastik der Tatsachen. So werden völlig irrationale und absolut destruktive gesellschaftliche Entwicklungen und das offen rechtswidrige und menschenverachtende Verhalten von politischen Entscheidungsträgern nachträglich als „sane“, als rational erklärt, um der mentalen Überforderung, die solches Verhalten bedeutet, entgegenzuwirken. Diese Tendenz des Schönredens gilt noch dann, wenn der transatlantische Rechtsblock genau das sagt, was er vorhat und sich einen Dreck um die Rechtsordnung schert, um diese Ankündigungen dann auch wahrzumachen.

In dem Film „Die Marx Brothers im Krieg“ klagt Rufus T. Firefly (Groucho Marx) vor Gericht Chicolini (Chico Marx) mit den Worten an: „Gentlemen, Chicolini mag aussehen wie ein Idiot und reden wie ein Idiot. Aber lassen Sie sich dadurch nicht täuschen, er ist wirklich ein Idiot.“ Firefly mag nicht der beste Anwalt gewesen sein. Aber wo es nichts schönzureden gibt, gibt es auch nichts schönzureden. Keine Pointe. ■

THESENA WERY



Zur Person Johan F. Hartle

Der deutsche Philosoph und Kunstwissenschaftler ist seit Oktober 2019 Rektor der Akademie der Bildenden Künste Wien. Zuletzt erschien von ihm – gemeinsam mit Gerhard Schweppenhäuser – der Band „Universale Vermittlung“